

Einwohnerrat

Sitzungsprotokoll vom 28. Juni 2018

Vorsitz:	Brigitte Vogel, Einwohnerratspräsidentin
Anwesende Mitglieder:	36 bzw. 38 Mitglieder des Einwohnerrats 5 Mitglieder des Stadtrats (Prof. Martin Killias sowie Lukas Häusler trafen im Verlaufe der Sitzung ein.)
Auskunftspersonen:	Christoph Hofstetter, Stadtschreiber Peter Baumli, Verwaltungsleiter Marc Lindenmann, Leiter Abteilung Finanzen
Protokollführung:	Stefan Wiedemeier, Vizestadtschreiber
Entschuldigt:	Ingo Boltshauser Bolliger Murat Balci
Zeit:	19.30 Uhr bis 22.40 Uhr
Ort:	Aula des Schulhauses Lenzhard

Traktanden

- 1 Mitteilungen
- 2 Gesuche um Zusicherung des Gemeindebürgerrechts...
- 3 Rechenschaftsbericht und Rechnungen der Einwohnergemeinde für das Jahr 2017
- 4 Seonerstrasse (K249); Bahnübergang Seetalbahn Brünli; Verpflichtungskredit
- 5 Postulat "Einhaltung Ensembleschutz in der BNO – Abbruch/Neubau Bahnhofstrasse 22, Lenzburg", Bericht und Antrag des Stadtrats
- 6 Anfrage der GLP betreffend Entsorgung & Recycling vom 15. März 2018; Beantwortung des Stadtrats
- 7 Anfrage der FDP betreffend Entsorgung/Recycling vom 15. März 2018; Beantwortung des Stadtrats
- 8 Anfrage der SP "Tempo 30" auf der Bahnhofstrasse/Augustin Keller-Strasse vom 15. März 2018 bzw. 15. Mai 2018; Beantwortung des Stadtrats
- 9 Gehweg Bushaltestelle Fünflindenstrasse/Tiliastrasse (K247); Kreditabrechnung
- 10 Umfrage

V e r h a n d l u n g e n :

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Sehr geehrte Damen und Herren des Einwohnerrats und des Stadtrats, hiermit begrüsse ich Sie herzlich zur 3. Sitzung des Einwohnerrats der laufenden Legislatur.

Nachdem die letzte Sitzung ausgefallen ist, hoffe ich, dass Sie die zusätzliche Zeit ebenso sinnvoll nutzen konnten, wie Sie auch im Rat für unsere Gemeinschaft tätig gewesen wären. Nun ist der Sommer unweigerlich eingetroffen. Ich weiss nicht, wie es unserer Bärendame Evi im Tierpark Goldau bei diesen sommerlichen Temperaturen geht. Wir haben es da schon besser mit einer eigenen Badi in der Stadt. Bei diesen heissen Temperaturen sind auch die

Arbeiter auf unserer "Megabaustelle" definitiv nicht zu beneiden. Apropos Baustelle: Wenn Sie in naher Zukunft im langen Stau (dank Klimaanlage jedoch gut heruntergekühlt) Wallungen bei den Wartezeiten auf dem Zubringer zur Autobahn bekommen, gibt es nur eine Devise: Keep cool und ein genauso dickes Fell zulegen wie dasjenige von Evi.

Die Bautätigkeit in und um Lenzburg wirkt sich auch auf die Bevölkerungszahlen aus. So haben am 6. Juni 2018, 150 der 1'396 Neuzugezogenen die Vielfältigkeit unserer Stadt kennenlernen dürfen. Im Anschluss haben sie bereitwillig der Aargauer Zeitung darüber Auskunft gegeben, wieso und warum sie Lenzburg so "sexy" finden. Leider finden aber auch 861 Personen unsere einzigartige Stadt weniger "sexy" und sind weitergezogen. Hoffen wir, dass es nicht die besten Steuerzahler waren.

In Anbetracht der reichbefrachteten Traktandenliste gehen wir zügig zu unseren Geschäften weiter. Heute Abend warten viele Zahlen auf uns, deswegen reduzieren wir Buchstaben und Worte. Es muss ja gespart werden. Dies nimmt auch die Stadt Lenzburg sehr ernst und verzichtet anscheinend auf einzelne Buchstaben auf den Jugendfestplakaten.

Ein herzliches Willkommen unserem Ratsweibel-Stellvertreter, Raphael Studer, der für das Einrichten des Ratssaals und die Betreuung während des Abends zuständig ist. Als Auskunftspersonen begrüsse ich Christoph Hofstetter, Stadtschreiber, Peter Baumli, Verwaltungsleiter, und Marc Lindenmann, Leiter Abteilung Finanzen. Einmal mehr keine Einwohnerratssitzung ohne Stefan Wiedermeier, welcher aktiv und unterstützend an meiner Seite waltet. Grüezi auch unseren Medienvertretern, Ruth Steiner von der Aargauer Zeitung sowie Fritz Thut vom Lenzburger Bezirks-Anzeiger. Vielen Dank für die Berichterstattung. Nicht vergessen dürfen wir natürlich die interessierten Gäste auf der Tribüne. Dank den Einbürgerungen sind die Ränge gut gefüllt, was uns natürlich sehr freut.

Die Traktandenliste und die entsprechenden Unterlagen sind Ihnen rechtzeitig zugestellt worden. Ich stelle fest, dass der Rat beschlussfähig ist. Die Sitzung ist somit eröffnet.

1 Mitteilungen

1. Protokoll

Die Protokolle der Sitzung vom 18. Januar sowie vom 15. März 2018 sind Ihnen heute per E-Mail zugestellt bzw. verteilt worden.

2. Rechtskraft von Beschlüssen

Die Einwohnerratsbeschlüsse vom 15. März 2018 sind nach Ablauf der Referendumsfrist am 23. April 2018 in Rechtskraft erwachsen.

3. Neueingänge

Es liegt eine schriftliche Anfrage der SP betreffend Kunststoffsammelstelle vor.



Plastik-Sammelstelle in Lenzburg

Seit knapp 2 Jahren können bei der Postfiliale in Lenzburg Sammelsäcke für Plastikabfall (ohne Pet) gekauft werden. Mittlerweile sammeln immer mehr Haushalte in Lenzburg Plastik separat. Es ist umstritten, ob sich das Sammeln, Trennen und Rezyklieren von Plastik im Endeffekt wirklich lohnt. Studien haben aber gezeigt, dass ganzheitlich betrachtet, die Ökobilanz beim Sammeln und Wiederverwerten besser ist als bei der Entsorgung im allgemeinen Abfall.

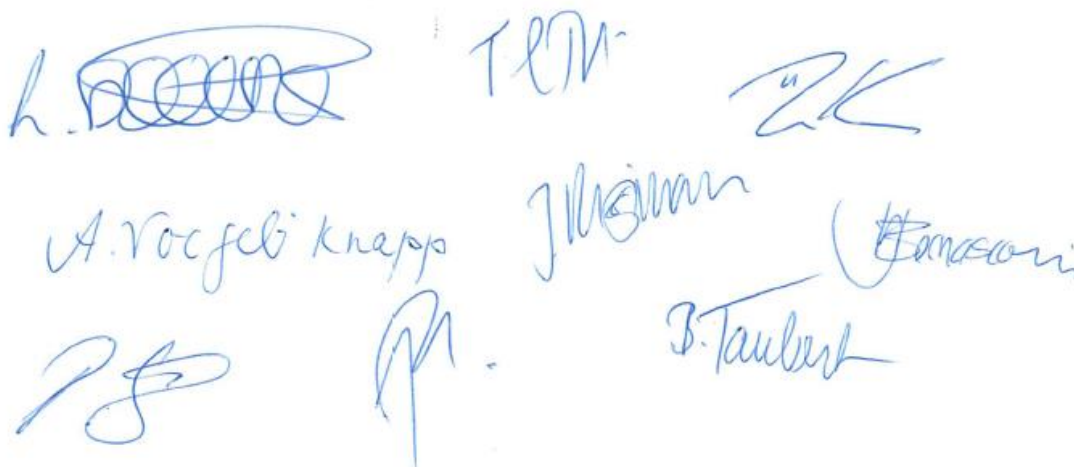
Das Problem sind die Sammelstellen. Um den vollen Sammelsack zu einer Sammelstelle zu bringen, muss mindestens nach Hunzenschwil gefahren werden, was ohne Auto mit sperrigem Sack und Velo fast unmöglich ist. In Lenzburg leben mittlerweile viele Leute ohne Auto und wären froh, sie könnten das Sammelgut im Wohnort abgeben. Für die ganzheitliche Betrachtung der Ökobilanz ist der Weg des Sammelguts ein wichtiger Faktor.

Frage an den Stadtrat:

Ist es möglich, auf dem Gemeindegebiet Lenzburg eine Annahmestelle für Plastikabfall zu erstellen, z. B. im Werkhofareal bei der bestehenden Entsorgungsanlage?

Wie wir wissen, ändert sich über kurz oder lang die Situation bei der Entsorgungsstelle im Werkhofareal. Kann die Stadt bei einer allfälligen Neukonzipierung der Entsorgungsanlage den Plastikabfall mit einbeziehen?

Das sind wir unserer Umwelt schuldig!

A collection of handwritten signatures in blue ink, including names like 'A. Vogel', 'Knepp', 'B. Tauber', and others, some with initials or symbols.

4. Entschuldigungen

Für die heutige Sitzung mussten sich Murat Balci (familiäre Verpflichtung) sowie Ingo Boltshauser Bolliger (aus geschäftlichen Gründen) entschuldigen. Weiter entschuldigte sich die Familie Kovacevic (Einbürgerungsbewerber), weil sie heute an der Diplomfeier ihres Sohnes Matej teilnimmt. Lukas Häusler und Prof. Martin Killias werden etwas später zu uns stossen.

2 Gesuche um Zusicherung des Gemeindebürgerrechts

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Wir haben heute über verschiedene Einbürgerungsgesuche zu entscheiden. Ich bitte die anwesenden Personen kurz aufzustehen, wenn ich ihre Namen - und dies übrigens nach bestem Wissen und Gewissen - aufrufe. Folgende Personen bewerben sich um das Gemeindebürgerrecht...

Sprecher der Einbürgerungskommission ist Marcel Spörri (EVP): Ich erlaube mir, euch Fragen zu stellen. Diese müsst ihr nicht öffentlich beantworten, aber es lohnt sich, diese einmal für sich im Stillen zu beantworten: Wer ist in der Schweiz geboren? Wer hat in den letzten zehn Jahren den Wohnsitz gewechselt? Wer hat einmal eine Verkehrsregel missachtet und wurde dabei erwischt? Wer hat mindestens schon einmal gekifft oder ist betrunken Auto gefahren und wurde dabei selbstverständlich ertappt? Wer hat die Steuern bis Ende Jahr schon bezahlt? Wer hat regelmässigen Kontakt mit ausländischen Staatsangehörigen? Bei diesen Fragen handelt es sich um Fakten, die richtig beantwortet werden müssen/können, um das Einbürgerungsgesuch weiterführen zu können. Unsere heutigen Kandidaten und Kandidatinnen konnten diese Fragen zur Zufriedenheit beantworten. An der Sitzung vom 17. Februar 2018 hat die Einbürgerungskommission den hier anwesenden Gesuchstellerinnen und Gesuchstellern weitere Fragen, auch persönliche, gestellt. Spannend sind immer die Lebensläufe der Antragsteller.

Heute sind es elf Mitmenschen aus drei verschiedenen Herkunftsländern, die um die Zusicherung des Gemeindebürgerrechts ersuchen. Ihr Alter ist zwischen einem und 48 Jahren. Allen gemeinsam ist, dass sie diesen Weg, den Prozess, den der Rechtsstaat vorgibt, durchlaufen sind. Dass sie nun auf den Besucherstühlen sitzen zeigt, dass sie alle Hürden bis hierhin genommen haben. Dies ist nicht selbstverständlich. Die Anwesenheit der Gesuchsteller zeigt auch, dass es für sie ein besonderer Tag ist. Ich weiss von einigen Einwohnerratsmitgliedern,

dass sie diese Übung als unnötig empfinden, eine nicht notwendige Pflichterfüllung, verbunden mit einer körperlichen Fitnessübung (aufstehen, absitzen). Denkt daran: Für die Gesuchstellenden ist dies ein besonderer Anlass. Ich erachte es als gut und wichtig, dass wir diesen Anlass auch als etwas Besonderes beibehalten. Sie sind nämlich alle nervös, wenn man mit ihnen spricht, und ihr Puls ist sicher etwas höher. Ihre Anwesenheit zeigt, dass sie sich persönlich zeigen wollen und sie persönlich für ihr Gesuch einstehen. Dies ist es wert, ihnen entsprechenden Raum zu geben und das Verfahren nicht zu einer Verwaltungsangelegenheit zu degradieren.

Die Einbürgerungskommission hat einstimmig beschlossen, die Zusicherung zu empfehlen.

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Die Diskussion ist offen. Wünscht jemand das Wort? Wenn dies nicht gewünscht wird, komme ich zu den Abstimmungsfragen.

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel erläutert das weitere Vorgehen.

Abstimmungen

Grossmehrheitlich beschliesst der Einwohnerrat, über die Einbürgerungsgesuche in globo und geheim abzustimmen.

Gestützt auf den Bericht und Antrag des Gemeinderats vom 4. April 2018 wird in geheimer Abstimmung sämtlichen Gesuchstellenden das Gemeindebürgerrecht von Lenzburg zugesichert.

Diese Beschlüsse unterliegen nicht dem fakultativen Referendum.

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Der Einwohnerrat hat somit sämtliche Gesuch gutgeheissen. Ich gratuliere allen Gesuchstellerinnen und Gesuchstellern ganz herzlich zur Erlangung des Gemeindebürgerrechts von Lenzburg. Nehmen Sie in naher und weiterer Zukunft aktiv am öffentlichen Leben von Lenzburg teil und nutzen Sie die Gelegenheit, dass Sie jetzt direkt in unserer Demokratie mitbestimmen und mitreden können. Herzliche Gratulation (Applaus).

3 Rechenschaftsbericht und Rechnungen der Einwohnergemeinde für das Jahr 2017

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Immer, wenn ein Rechenschaftsbericht vor uns liegt, erfahren wir, welche umfangreiche Arbeit unsere Stadtverwaltung und die Einwohnergemeinde leisten. Es ist auch immer wieder eine spannende Lektüre, was bei uns und für uns so alles passiert und natürlich auch etwas kostet. Als kleine Randbemerkung: Ich danke der Stadtverwaltung ganz persönlich und herzlich dafür, dass sie mich bei den Wahlen im Herbst auf den ersten Platz "gehievt" hat. Dies ist leider ein kleiner Fehler. Beatrice Taubert hatte natürlich am meisten Stimmen, und dies mag ich ihr auch sehr gönnen.

Wir gehen folgendermassen vor: Zuerst erfolgt die Eintretensdebatte, die mit dem Bericht des GPFK-Präsidenten, Beat Hiller, eröffnet wird. Anschliessend können die Fraktionen ihre Meinungen äussern. Auf die Eintretensdebatte folgt die Detailberatung zum Rechenschaftsbericht und zur Rechnung. Am Schluss stimmen wir ab.

Eintretensdebatte

GPFK-Präsident Beat Hiller (GLP): Der Rechenschaftsbericht ist immer wieder eine spannende Lektüre. Er ist sehr ausführlich und informativ. Die Mitglieder der GPFK und auch ich erachten es als gut, wie der Rechenschaftsbericht "daher kommt". Natürlich werden auch Details erwähnt, die weniger interessieren. Auf der anderen Seite erzählt er über evtl. bereits Vergessenes, z.B. über Debatten und Abstimmungen, welche hier geführt wurden. Wir sollten schauen, dass man den Rechenschaftsbericht inhaltlich so weiterführt. Ob er zukünftig in derselben Form daherkommt, da lassen wir uns überraschen. Vielleicht hat sich unser neuer Verwaltungsleiter bereits Überlegungen gemacht, ihn etwas anders zu gestalten. Betrachtet man die Rechnung und den Rechenschaftsbericht 2017 könnte man sagen, es ist alles gut und wir könnten das nächste Geschäft behandeln. Wir haben ein höheres Finanzvermögen, ein höheres Verwaltungsvermögen, weniger Fremdkapital, die Eigenmittel sind gestiegen und die pro Kopf-Verschuldung ging zurück. Alles bestens.

Wir haben jedoch in der GPFK - und dies ist auch der Wunsch aller Fraktionen - vereinbart, dass wir uns bei der Prüfung des Rechenschaftsberichts und der Rechnung vermehrt auf die Arbeitsabläufe und Hintergründe konzentrieren und weniger auf die reinen Zahlen. Die Zahlen wurden von der Revisionsstelle Hüsler Gmür + Partner kontrolliert und als in Ordnung befunden. Wie bereits erwähnt, schliesst die Rechnung 2017 gut ab. Nach den Sommerferien werden wir das Budget beraten. Hier werden sicher einige Fragen auftauchen. Die Revision der Bau- und Nutzungsordnung (BNO) steht vor der Tür: Welche finanziellen Auswirkungen hat sie auf die Stadt? Welche Auswirkungen hat das Bevölkerungswachstum beispielsweise auf die Bildung und den Schulraum? Wie die Präsidentin bereits angetönt hat, werden beim Verkehr kurzfristig wie auch langfristig einige Herausforderungen anstehen, die auch finanzielle Auswirkungen haben. Wenn wir natürlich nicht mit Basel, Bern oder gar Zürich zu vergleichen sind, hat sich Lenzburg doch zur Zentrumsstadt entwickelt. Dies führt jedoch auch zu einer vermehrten Belastung im Sozialbereich. Diese vier Bereiche erachten wir für die Zukunft als wichtige Schwerpunkte, welche wir vor allem bei der Budgetberatung anschauen müssen. Abschliessend zum Rechenschaftsbericht: Wie gesagt, er ist gut ausgefallen, er ist sehr informativ und interessant; aber er zeigt auch das eine oder andere. Wir werden in der Detailberatung noch darauf eingehen, dass nicht alles bei der Stadt Lenzburg so gut ist.

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Danke, Beat Hiller. Die Diskussion ist eröffnet, wem darf ich das Wort erteilen?

Franck Robin (SP): Ich darf heute das erste Mal die Stellungnahme der SP in der Eintretensdebatte bekannt geben. Ich habe mir alte Juni-Protokolle angeschaut. (An dieser Stelle einen herzlichen Dank an Stefan Wiedermeier für das Hervorsuchen der alten Protokolle.) Ich habe gesehen, dass mindestens seit 2010 der Name Remo Keller, Redner SP, in den Protokollen steht. Es freut

mich sehr, hier auftreten zu dürfen, und ich trete natürlich auch in grosse Fussstapfen. Ich habe aus den verschiedenen Protokollen einiges gelernt.

Erstens: Danksagung, die nicht fehlen darf. Die mache ich natürlich sehr gerne. Vielen Dank an die Verwaltung für die saubere Arbeit. Als Mitglied der GPFK danke auch für den kompetenten und zuvorkommenden Empfang in den verschiedenen Abteilungen während der Rechnungsprüfung. Ein Dank geht auch an Marc Lindenmann für die sauber und lückenlos geführten Bücher. (Lückenlos behaupte ich jetzt einfach mal.) Weiter geht ein Dank an den Stadtrat für die sachliche und konstruktive Debatte.

Zweitens: Man sollte nicht wiederholen, was die Vorredner bereits erzählt haben; dies ist langweilig. Man sollte auch nicht alle Zahlen des Rechenschaftsberichts wiederholen, was auch langweilig wäre, auch wenn fast alle Zahlen positiv sind. Wir haben ein Gesamtergebnis, welches 2 Mio. Franken über dem Budget liegt, und wir haben eine Selbstfinanzierung, die auf sehr hohem Niveau ist, obwohl wir alle budgetierten Investitionen getätigt haben.

Drittens: Man sollte auch ein wichtiges Thema ansprechen. Bevor ich dies tue, möchte ich nochmals betonen, dass die Stadtverwaltung einen hervorragenden Job macht. Gleichwohl haben wir bemerkt, dass gewisse Abteilungen mit Herausforderungen kämpfen. Bedingt durch das Bevölkerungswachstum und die Übernahme von regionalen Aufgaben sind einige Abteilungen grösser geworden. Diese Herausforderungen sind real. Wir glauben für Lenzburg ist es nicht nachhaltig, wenn wir nur kurzfristig die Schrauben anziehen. Wir müssen gewisse Veränderungen einleiten. Bei gewissen Abteilungen haben wir das Glück, dass die Stadt selber das Zepter in der Hand hält, d.h., wir können relativ selbständig agieren. Selbstverständlich gibt es auch Abteilungen, bei denen wir vom Kanton abhängig sind. Wenn wir die Herausforderungen packen wollen, müssen wir auch in die eigene Organisation investieren. Jeder Privatunternehmer macht dies und überdenkt die eigene Organisation regelmässig. Es geht schlussendlich auch um den Erhalt der Substanz. Wenn wir über ein Strassenprojekt abstimmen, ist der Investitionsbedarf klar ersichtlich. Geht es um die Stadtverwaltung, ist dies oft schwieriger. Trotzdem gibt es gewisse Anzeichen. Wir haben eine Abteilung, die in ihrer Arbeit versinkt, sie hat keine Zeit mehr für Prozessoptimierungen. Wie in anderen Abteilungen können elementare Führungsaufgaben nicht mehr oder nur noch teilweise wahrgenommen werden. Es ist eine zentrale Aufgabe der GPFK, Prozesse zu überprüfen. Die SP unterstützt grundsätzlich das Vorhaben, aber es darf natürlich nicht sein, dass es automatisch mit einem Personalabbau verbunden wird. Wenn dies passieren sollte, wird sich die SP vehement wehren. Es darf auch nicht sein, dass nur eine kurzfristige Effizienzsteigerung angestrebt wird. Dies wäre auch ein sehr kurzfristiges Denken. Es geht auch darum, dass den Abteilungen angemessene Ressourcen für die Herausforderungen zur Verfügung gestellt werden.

Konkret zwei/drei Beispiele: Wir brauchen ausreichende Betreuungskapazitäten bei den Sozialen Diensten, insbesondere für die Integration der Asylsuchenden. Dies bedeutet auch, dass wir angemessene Führungskapazitäten für die

Bildung benötigen. Wir wissen, hier ist die Finanzierung Sache des Kantons, trotzdem müssen wir diesem Thema die notwendige Aufmerksamkeit schenken. Diese Anmerkung auch als Aufforderung an diejenigen hier im Saal, die auf kantonaler Ebene politisch aktiv sind. Wir beraten die Rechnung 2017 und können deshalb nicht heute Abend Veränderungen einleiten. Aber wir müssen im September ja auch das Budget 2019 behandeln.

Viertens: Was ich auch noch aus den Protokollen gelernt habe ist, dass ich im Namen der Fraktion eine Empfehlung abgeben muss. Die SP-Fraktion empfiehlt auf die Rechnung und den Rechenschaftsbericht 2017 einzutreten. Danke.

Marianne Tribaldos (CVP): Wie jedes Jahr liegt uns der Rechenschaftsbericht des Stadtrats vor. Die Erfolgsrechnung schliesst mit einem Ertragsüberschuss von über 6,1 Mio. Franken und liegt damit noch mehr als 2 Mio. Franken über dem budgetierten Wert. Auch Lenzburgs Schulden sind erneut gesunken. Dies ist gelungen, obwohl die hohen Ausgaben für die Schulbauten bewältigt werden mussten. Nun fragt man sich natürlich, wie geht es weiter? Es stehen immer noch hohe Ausgaben, insbesondere für die Instandhaltung von öffentlichen Gebäuden, an. Wird die Strategie, mehr Einwohner gleich mehr Steuern, auch weiterhin aufgehen? Steuerergebnisse lassen sich nicht immer planen, z.B. Grundstücksgewinnsteuern und Erbschafts- und Schenkungssteuern. Einkommens- und Vermögenssteuern können bei einem wirtschaftlichen Abschwung geringer werden. Lenzburg ist keine Insel und abhängig von vielen Faktoren. Es werden Ausgaben auf die Stadt zukommen, mit denen nicht gerechnet werden konnte. Aber man sollte Leute, welche einen guten Job gemacht haben, nicht damit nerven, dass man ihnen genau dies für die Zukunft nicht zutraut. Ich denke, unser Stadtrat hat die Herausforderungen der Vergangenheit gemeistert und wird sich nach Kräften bemühen, dies auch in Zukunft zu tun.

Besonders positiv ist die Ausgabendisziplin, die alle Bereiche der Verwaltung gezeigt haben. Einiges wurde aus verschiedenen Gründen teurer als erwartet, aber wir dürfen nicht vergessen, dass eine Gemeinde nicht da ist, um Gewinne zu erwirtschaften, sondern mit dem vorhandenen Geld auszukommen und für schlechte Zeiten vorzusorgen hat. Natürlich fragen wir uns, was machen wir jetzt mit dem vielen Geld. Vielleicht Steuer- und Gebührensenkungen? Vielleicht neue Einrichtungen wie ein Hallenbad? Oder gar Freibier für alle? (Aber nur für die, die in Lenzburg Steuern bezahlen, dies ist klar.) Trotz der positiven Entwicklung erachte ich es als verfrüht, jetzt über eine Senkung des Steuerfusses nachzudenken. Wenn es allerdings so weitergeht, wäre dies durchaus eine Möglichkeit. Unter Umständen haben wir aber in der Schweiz wegen den verschiedenen Unsicherheiten in der Welt, die schlechten Zeiten erst noch vor uns, und es wäre schön, wenn in einem solchen Fall die Stadt nicht wieder in eine Verschuldung abrutschen würde. Dies kann leicht passieren, wenn man sich zu viel vornimmt. Ich denke also, wir werden nicht übermütig, sondern vernünftig bleiben. Für heute herzliche Gratulation an den Stadtrat für dieses Resultat, welches uns sehr freut.

Michael Häusermann (SVP): Die Rechnung 2017 sieht im Grossen und Ganzen recht gut aus und dies ist erfreulich. Wir konnten die frohe Botschaft bereits im März in Empfang nehmen. Unsere Fraktion hat letzte Woche nach langer und intensiver Beratung die vorliegenden Zahlen zur Kenntnis genommen. Das Gesamtergebnis, welches 50 % höher als budgetiert ausfällt, ist schön. Was will man noch mehr sagen? Lobenswert ist das Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit, das wir auch schon beanstandeten. Toll ist für die SVP-Fraktion, dass bei den Investitionen, diese beziffern sich immerhin auf 7,6 Mio. Franken, ein Selbstfinanzierungsgrad von mehr als 100 % erreicht wurde. Somit konnten sämtliche Investitionen mit den vorhandenen eigenen Mitteln finanziert werden. Fast überflüssig ist zu erwähnen, dass der – wenn auch nur geringfügige Schuldenabbau – für uns erfreulich ist. Die noch vorhandene Nettoschuld von knapp 8,35 Mio. Franken ist doch irgendwie erstaunlich. Gehen wir etwas zurück und denken an den Herbst 2014: Damals waren in der Aufgaben- und Finanzplanung 2015 bis 2019 per Ende 2017 Schulden in der Höhe von 16,4 Mio. Franken prognostiziert. In der Aufgaben- und Finanzplanung 2016 bis 2020 mussten wir per Ende 2017 einen Schuldenberg von 19,375 Mio. Franken zur Kenntnis nehmen. Jetzt stehen wir bei 8,3 Mio. Franken. Dies ist eine tolle Entwicklung. Unter Berücksichtigung der Spezialfinanzierungen haben wir sogar ein Plus von 13,4 Mio. Franken.

Bei der Abwasserbeseitigung verzeichnet die Stadt Lenzburg inzwischen ein Vermögen von 20,8 Mio. Franken. Hier kommt bei uns langsam die Frage auf, ob dies einfach so weitergeht oder ob man hier mit hohen Gebühren Geld auf Vorrat anhäuft. Sind in absehbarer Zukunft Investitionen von 20 Mio. Franken notwendig?

Die SVP-Fraktion dankt allen Personen der Unternehmung Stadt Lenzburg, die mit ihrem täglichen Einsatz zu diesem positiven Abschluss beigetragen haben. Die Stadt Lenzburg hat mehrheitlich gute, teilweise sogar sehr gute Mitarbeiter und diesen müssen wir Sorge tragen. Dass es auch Abteilungen gibt, die die Budgetvorgaben nicht einhalten können, weil äussere Einflüsse, wie z.B. Sozialfälle, das Ergebnis beeinflussen, nehmen wir selbstverständlich auch zur Kenntnis. Aber auch diesen Mitarbeitern danken wir für ihre Bemühungen zu einer erfolgreichen Unternehmung Stadt Lenzburg.

Das eine sind die Zahlen. Das andere sind Eindrücke und Vorkommnisse, die jeder von uns (Einwohnerrat, Stadtrat, GPFK) erhält, manchmal intensiver, manchmal weniger intensiv. Je nach Betrachtungsweise stimmen einige Vorkommnisse positiv und einige eher negativ. Trotz den guten Zahlen 2017 ist bei der SVP-Fraktion eine etwas nachdenkliche Stimmung zurückgeblieben. Es stimmt uns nachdenklich, wie die Zusammenarbeit hier in Lenzburg funktioniert oder eben nicht funktioniert. Dass die GPFK bereits über drei Jahre auf geforderte Antworten im Bereich der Abfallentsorgung warten muss und diese offenbar immer noch nicht vorliegen, ist für uns nicht hinnehmbar. Irgendwo in der Stadt haben wir einen "Laueri-Betrieb". Bei uns kommt die Frage auf,

warum es so schwierig ist und es so viel Zeit braucht, um Auskünfte im Bereich der Abfallentsorgung zu erhalten. Die Abfallentsorgung ist weiss Gott kein hochkomplexes Thema. Bei uns kommt die Frage auf, ob die Bauverwaltung personell richtig besetzt ist und ob die Leitung dieser Bauverwaltung ihrer Verantwortung nachkommt und Einfluss nimmt. Wird bei dieser Bauverwaltung von unten geführt oder wird von oben geführt? Selbstverständlich fragen wir uns auch, ob der Stadtrat seine Verantwortung wahrnimmt und Einfluss in diesem Bereich nimmt. Dass die Antwort je nach Betrachtungsweise unterschiedlich ausfällt, ist klar. Wir denken, es gibt Verbesserungspotential. Im Hinblick auf die kommende Budgetsitzung im Herbst freuen wir uns jetzt schon auf den Stellenplan und ihr könnt davon ausgehen, dass aufgrund solcher Geschehnisse und Abläufe, wie wir sie haben, wir ganz sicher einer allfälligen Stellenerhöhung gesamthaft äusserst kritisch gegenüberstehen werden. Wir erwarten dann aber auch keine Fragen mehr, wo dass man einsparen könnte. Die Antwort ist wahrscheinlich bereits geliefert.

Die SVP-Fraktion heisst die Rechnung 2017 gut, wir treten darauf ein, wir werden dieser auch zustimmen, und wir wünschen uns für das laufende Jahr gleich gute Zahlen und für die Zukunft, dass der Stadtrat die Anliegen des Rats, inkl. der GPFK, mit einer etwas grösseren Ernsthaftigkeit behandelt und entsprechend Einfluss auf die Verwaltung nimmt. Die jetzige Situation muss nicht sein. Besten Dank.

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Danke, Michael Häusermann. Liegen noch Wortmeldungen vor? Wenn das nicht der Fall ist, schliesse ich die Eintretensdebatte, und wir gehen zur Detailberatung des Rechenschaftsberichts über.

Detailberatung Rechenschaftsbericht

GPFK-Präsident Beat Hiller (GLP): Die GPFK hat den Rechenschaftsbericht besprochen, wir haben aus dem Rechenschaftsbericht auch ein paar Fragen an den Stadtrat gestellt, welche ich bei den entsprechenden Abteilungen erklären werde.

(Der GPFK-Präsident führt durch die Rechnung und den Rechenschaftsbericht und erkundigt sich bei jeder Abteilung, ob von Seiten der Ratsmitglieder das Wort gewünscht wird.)

5 Soziale Sicherheit

Seite 60 / Fallstatistik

GPFK-Präsident Beat Hiller (GLP): Wie man sieht, ist die Zunahme erschreckend. Die Fallzahlen werden in Zukunft vermutlich weiterhin ansteigen. Wir werden Wert darauflegen, dass Themen wie Verwandtenunterstützung und Rückerstattung in Zukunft angegangen werden. Dies ist in der Vergangenheit nicht immer zur Zufriedenheit passiert und gewisse Sachen wurden nicht rechtzeitig erledigt.

Seite 62 / Sozialkommission

GPFK-Präsident Beat Hiller (GLP): Hier ist erwähnt, dass strategische Themen behandelt wurden. Die Antwort des Stadtrats hat dies dann eher etwas relativiert. Es wurden mehr organisatorische Themen und nicht strategische Fragen behandelt. Diese wurden elegant an den jungen Stadtrat weiterdelegiert, dass er in seiner Funktion vermehrt dem nachgehen möge.

9 Finanzen, Steuern

GPFK-Präsident Beat Hiller (GLP): An der Othmarsingerstrasse hat die Stadt dem Kanton 145 m² Land unentgeltlich für den Autobahnzubringer abgetreten. Eine Teilfläche dieses Landes hat die Stadt zum Preis von Fr. 494.50 einem privaten Investor verkauft.

Detailberatung Rechnung 2017 der Einwohnergemeinde

0 Allgemeine Verwaltung (und weitere)

GPFK-Präsident Beat Hiller (GLP): Wir haben den Stadtrat mit der Frage, ob überhaupt eine Karriere- und Laufbahnplanung stattfindet, konfrontiert. Der neue Verwaltungsleiter hat (mit Unterstützung des Stadtammanns) erwähnt, dass man förderungswürdige Mitarbeiter unterstützt, von diesen dafür aber auch einen gewissen Einsatz verlangt. Daraus soll ein Personalentwicklungskonzept erstellt werden, vor allem mit Schwergewicht auf die kommenden Jahre. Die GPFK ist gespannt, wie das Konzept aussehen wird. Die GPFK schätzt als grösstes Risiko die Nachfolgeregelungen für die Abteilungsleiter ein. Junge Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen rechtzeitig darauf vorbereitet werden, damit sie in die Fussstapfen eines Abteilungsleiters treten können. Beispielsweise konnte mit Marc Lindenmann - der seinen Job sehr gut macht - eine interne Nachfolgelösung für den Leiter Abteilung Finanzen gefunden werden.

Weiter haben wir den Stadtrat im Zusammenhang mit Betrugs- und Korruptionsfällen gefragt, ob er etwas unternimmt, um dies zu verhindern. Der Stadtrat

bestätigte, dass er hier nicht aktiv ist, diese Thematik jedoch hinterfragt werden kann.

Ein weiterer Punkt war das Spesenreglement, das nach unserer Auffassung sehr oberflächlich ist. Die Antwort der Verwaltung diesbezüglich war, dass man sich dem annehmen und bessere Regelungen festlegen wird, wobei ein gewisser Freiraum erhalten werden soll.

0220.3090.00 / Aus- und Weiterbildung Personal

GPFK-Präsident Beat Hiller (GLP): Aufgrund des krankheitsbedingten Ausfalls des Vorgängers des Verwaltungsleiters wurde das Kaderseminar von drei auf zwei Tage gekürzt, was zu einer Kostenreduktion führte. Demgegenüber haben wir höhere Ausgaben bei der Personalwerbung. Bei der Suche des neuen Verwaltungsleiters sind höhere Kosten für Inserate entstanden, welche nicht in diesem Rahmen budgetiert waren.

0223 / Abteilung Informatik

GPFK-Präsident Beat Hiller (GLP): In der Vergangenheit haben wir Geld für die Beschaffung der Software für die digitale Geschäftsverwaltung (GEVER) ausgegeben. Diese ist in der Zwischenzeit eingeführt. Dies war sicherlich eine gute Investition.

1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung

Schiessanlage; 1610.3511.00 / Einlage in Fonds des EK

GPFK-Präsident Beat Hiller (GLP): Es werden immer wieder Gelder in den Fonds eingelegt. Mit den dort angesparten Mitteln können dann grössere Investitionen getätigt werden.

1110.3010.00 / Regionalpolizei, Löhne

GPFK-Präsident Beat Hiller (GLP): Die Löhne sind aufgrund von Personalmutationen tiefer als budgetiert und auch geringer als 2016 ausgefallen.

1110.3090.00 / Aus- und Weiterbildung

GPFK-Präsident Beat Hiller (GLP): Da nicht wie vorgesehen ein Polizeiaspirant, sondern ein ausgebildeter Polizist angestellt wurde, sind hier die Kosten geringer.

1110.3158.00 / Unterhalt immaterielle Anlagen

GPFK-Präsident Beat Hiller (GLP): Hier hat man Vorleistungen für den Einsatz einer neuen Software getätigt, weil die alte vom Lieferant nicht mehr unterstützt wird.

1110.3169.00 / Mietnebenkosten

GPFK-Präsident Beat Hiller (GLP): Der Wechsel bei der Liegenschaftsverwaltung führte zu höheren Mietnebenkosten. Man hofft, dass sich die Situation verbessert.

1110.4210.00 / Gebühren für Amtshandlungen

GPFK-Präsident Beat Hiller (GLP): Ab 2018 ist nicht sicher, ob die angefallenen Kosten wie bis anhin zurückerstattet werden.

1110.4240.00 / Benützungsgebühren und Dienstleistungen

GPFK-Präsident Beat Hiller (GLP): Der Wegfall des durch unsere Verkehrsinstruktoren durchgeführten Unterrichts an den Schulen von Buchs und Rohr führte hier zu Mindereinnahmen von rund Fr. 12'000.–.

1110.4612.00 / Entschädigung von Gemeinden

GPFK-Präsident Beat Hiller (GLP): Da sich zwei weitere Gemeinden unserer Regionalpolizei anschliessen werden, werden hier auch höhere Einnahmen anfallen.

2 Bildung

2170.3130.01 / Dienstleistungen Dritter

GPFK-Präsident Beat Hiller (GLP): Das während 80 Jahren gesammelte und eingelagerte Schulmaterial konnte aufgrund der Menge nicht durch die Lehrkräfte und Schüler entsorgt werden. Deshalb wurde das vor Ort tätige Bauunternehmen mit dieser Arbeit betraut. Tipp für die Zukunft: Vielleicht etwas früher mit dem Aufräumen anfangen und nicht 80 Jahre warten.

2170 / Schulliegenschaften

GPFK-Präsident Beat Hiller (GLP): Wir haben festgestellt, dass gewisse Klassen in Lenzburg sehr gross sind und bis zu 26/27 Schülern umfassen. (Die Vorgabe des Kantons geht von 25 Kindern pro Klasse aus.) Es ist absehbar, dass wir mehr Parallelklassen führen müssen, die auch Schulräume benötigen werden. Der Stadtrat hat uns informiert, dass für das Schuljahr 2020/21 eine 11. Kindergartenabteilung eröffnet wird. Es ist auch die Absicht resp. die Idee vorhanden, dass ein Kindergarten als Wald- und Bewegungskindergarten geführt wird. Falls die Anzahl der Kinder massiv zunehmen wird, kann die bereits projektierte 2. Etappe des Schulhauses Mühlematt erstellt werden. Beim Oberstufenzentrum rechnet der Stadtrat mit keinen Engpässen.

Ein weiterer Punkt, welcher bei der GPFK zu Diskussionen führte, ist die angedachte Verlegung der Tagesstrukturen in die Liegenschaft "Bleiche" am Aabach, die dafür saniert werden müsste. Dieses Projekt müsste jedoch zu gegebener Zeit dem Einwohnerrat zur Beschlussfassung unterbreitet werden.

2190 / Schulleitung und Schulverwaltung

Sorge bereitet der GPFK der Umstand, dass die Schulleitung teilweise mit den Aufgaben, die sie hat, überfordert ist. Es ist nicht die Aufgabe des Stadtrats Verbesserungen herbei zu führen, sondern hier sind die Schulpflege und der Kanton für die Pensenzuteilung zuständig. Beispielsweise können die Personalgespräche mit den Lehrkräften nicht mehr alle zwei Jahre durchgeführt werden.

2120.4612.00 / Primarstufen, Entschädigung von Gemeinden

GPFK-Präsident Beat Hiller (GLP): Hier wirkt sich der Austritt der Gemeinde Staufen aus der Regionalschule Lenzburg aus.

3 Kultur, Sport und Freizeit

3420.3102.00 und 3420.4260.00 / Rückerstattungen und Kostenbeteiligungen Dritter

GPFK-Präsident Beat Hiller (GLP): Wir haben festgestellt, dass das Magazin "Treffpunkt" immer teurer wird. Gemäss Aussage des Stadtrats soll der "Treffpunkt" weiterhin erscheinen. Nachdem die SWL eine eigene Publikation herausgibt, sind Einnahmen aus Inseraten weggefallen. Dies hat auch der Stadtrat festgestellt. Er wünscht sich wieder einen neuen "Ankerinserenten".

3421.4610.00 / Entschädigungen vom Bund

GPFK-Präsident Beat Hiller (GLP): Wir haben festgestellt, dass durch eine militärische Einquartierung zusätzliche Einnahmen generiert werden konnten. Das Ferienhaus Samedan eignet sich jedoch leider nicht als Militärunterkunft. Eine Kaderorganisation der Armee hielt sich nur ausnahmsweise dort auf. Man hofft jedoch, dass sich über das Netzwerk des neuen Hauswarts, der lange als Jugendtrainer tätig war, zusätzliche Mieter gewinnen lassen und das Ferienhaus Samedan besseren Zeiten entgegensehen kann.

3411.3010.09 / EO und Versicherungsleistungen

GPFK-Präsident Beat Hiller (GLP): Der Umstand, dass ein bisher krankgeschriebener Mitarbeiter wieder für leichtere Arbeiten beigezogen werden kann, führte zu geringeren Versicherungsleistungen.

5 Soziale Sicherheit

GPFK-Präsident Beat Hiller (GLP): Die Sozialen Dienste durchlaufen im Moment eine schwierige Phase. Es ist jedoch eine grosse Chance, dass der neu zuständige Stadtrat auch bei seiner Arbeit im Kanton Solothurn mit diesem Thema konfrontiert ist. Wir sind überzeugt, dass er einige Verbesserungen herbeiführen kann. Er hat bereits organisatorische Massnahmen eingeleitet. Stadtrat Andreas Schmid hat der GPFK versichert, dass hier eine vertiefte Prüfung stattfinden und die Arbeitsgruppe der GPFK informiert wird. Neben Strukturverbesserungen könnte auch mit Outsourcing oder dem Zusammenlegen der heute teilweise vorhandenen Kleinpensen die Situation der Sozialen Dienste verbessert werden. Auch im Bereich des Kindes- und Erwachsenenschutzdienstes sind Verbesserungen anzustreben, insbesondere im Schnittstellenbereich. Auf meine Rückfrage wurde ich informiert, dass das Personal bereit ist, die anstehenden Veränderungen mitzutragen. Auch die Mitarbeitenden sind mit der aktuellen Situation unzufrieden.

5450 / Leistungen an Familien

GPFK-Präsident Beat Hiller (GLP): Hier müssen vor allem die Schnittstelle verbessert und vermehrt elektronische Hilfsmittel eingesetzt werden.

5451.3636.00 / Beiträge an private Organisationen

GPFK-Präsident Beat Hiller (GLP): Gegenüber dem Budget wurde dieses Konto wiederum um 6,5 % überschritten. Wir nehmen dies heute einfach einmal zur Kenntnis und hoffen, dass wir hier die Kosten mit dem neuen Reglement besser in den Griff bekommen und nicht jedes Jahr über eine Budgetüberschreitung diskutieren müssen.

5720 / Gesetzliche wirtschaftliche Hilfe

GPFK-Präsident Beat Hiller (GLP): Die Ausgaben für die materielle Hilfe liegen 23,67 % über dem Budget. Dieser Aufwand ist fremdgesteuert und wir sind – wie ich eingangs erwähnt habe – eine Zentrumsgemeinde und haben vermehrt Sozialfälle, die wir bewältigen müssen. Durch Rückerstattungen der Empfänger, aber auch durch Leistungen der IV und der Ergänzungsleistung (EL) soll hier die Situation verbessert werden. Weiter geht es auch darum, dass wir Sozialhilfeempfänger in Arbeitsbeschäftigungsprogrammen platzieren können, die nicht so teuer sind.

5730 / Asylwesen

GPFK-Präsident Beat Hiller (GLP): Hier gilt eigentlich das Gleiche.

5790.3090.00 / Aus- und Weiterbildung des Personals

GPFK-Präsident Beat Hiller (GLP): Wenn es zu einer Überbelastung des Personals kommt, sinkt bekanntlich die Bereitschaft für Aus- und Weiterbildungen. Dies darf nicht zur Norm werden; auch die Mitarbeiter der Sozialen Dienste sollten sich regelmässig aus- und weiterbilden können.

7 Umweltschutz und Raumordnung

GPFK-Präsident Beat Hiller (GLP): Wir haben nachgefragt, bis wann wir ein generelles Entwässerungskonzept vorliegen haben. Dies sollte gemäss Aussage des Stadtrats eigentlich bis Ende Jahr fertiggestellt sein, und wir von der GPFK werden bis dahin informiert.

7301 / Abfallbewirtschaftung

GPFK-Präsident Beat Hiller (GLP): Wie Michael Häusermann bereits erwähnt hat, waren wir nicht erfreut, dass die GPFK den Vergleich oder Benchmark betreffend Kehrichtabfuhr noch nicht erhalten hat, obwohl dieser doch schon seit einiger Zeit vorliegt. Der zuständige Stadtrat hat uns aber zugesichert, dass wir die geforderten Unterlagen noch dieses Jahr bekommen werden.

7301.3130.08 / KVA Buchs, Kehrichtverwertung

GPFK-Präsident Beat Hiller (GLP): Der Aufwand ist geringer als budgetiert ausgefallen, da die Kehrichtverbrennungsanlage die Gebühren gesenkt hat.

7301.3130.81 / Dienstleistung Dritter

GPFK-Präsident Beat Hiller (GLP): Hier verzeichnen wir eine Überschreitung (mehr Abfall, da mehr Einwohner).

7900.3132.00 / Honorar externe Berater, Gutachter

GPFK-Präsident Beat Hiller (GLP): Budgetiert wurden Fr. 135'000.–, verbraucht jedoch nur Fr. 45'000.–. Da die Bauverwaltung durch die BNO-Revision ausgelastet war, konnten weniger kleinere Projekte in Angriff genommen werden.

Weiter hat die GPFK festgestellt, dass auch in der Bauverwaltung ein gewisses Potential vorhanden ist, um Verbesserungen herbeizuführen. Die GPFK wird, wie auch die Abteilung 5, 2018 die Bauverwaltung verstärkt begleiten und das eine oder andere hinterfragen.

8 Volkswirtschaft

8400.3010.00 / Tourismus, Löhne

GPFK-Präsident Beat Hiller (GLP): Der Aufwand ist um 20 % über dem Budget. Dies ist ein buchhalterisches Thema, da der Lohn vorher anders verbucht wurde.

8900 / Grube Oberrain

GPFK-Präsident Beat Hiller (GLP): Der Nettoaufwand für die Grube Oberrain ist höher ausgefallen. Da die Grube aufgefüllt ist und kein neues Material mehr angeliefert werden kann, fallen keine Einnahmen mehr an.

9 Finanzen und Steuern

9101.4000.20 / Nachsteuern und Bussen

GPFK-Präsident Beat Hiller (GLP): Es wurden Fr. 65'000.– mehr an Nachsteuern eingenommen.

9630 / Liegenschaften des Finanzvermögens (betrifft auch die Liegenschaften des Verwaltungsvermögens, Funktionen 0290, 0291, 2170 und 3291)

GPFK-Präsident Beat Hiller (GLP): Jeder, der ein eigenes Haus besitzt, weiss, dass man lange sparen kann, dies aber zur Folge hat, dass eines Tages eine umfangreiche Sanierung ansteht. Vizeammann Franziska Möhl hat uns informiert, dass die Stadt ein Konzept zur Langfristplanung betreffend Erneuerung und Sanierung der städtischen Hochbauten ausarbeiten will. Die GPFK ist gespannt, welche Informationen dieses Planungswerk enthalten wird.

Investitionsrechnung

GPFK-Präsident Beat Hiller (GLP): Ich denke, dass wir "keine Leichen mehr im Keller haben". Die im letzten Jahr (seit über zehn Jahren) noch offenen Kreditabrechnungen sind abgeschlossen.

Bilanz

29002 / Verpflichtungen / Vorschüsse Abwasserbeseitigung

GPFK-Präsident Beat Hiller (GLP): Hier sind rund 26 Mio. Franken Vermögen vorhanden. Bis in das Jahr 2038 sollten 40 Mio. Franken bereitgestellt werden, damit wir über das für die Kanalisationssanierungen benötigte Geld verfügen werden. Eine Leitung hat eine Lebensdauer von rund 80 Jahren. Dannzumal werden wir die 1960 sanierten bzw. erstellten Leitungen erneuern müssen. Gemäss Aussage des Stadtrats sind die Gebühren im Moment ein Thema, da ein Unternehmen eine Beschwerde gegen die Gebührenverfügung eingereicht hat.

29003 / Verpflichtungen / Vorschüsse Abfallwirtschaft

GPFK-Präsident Beat Hiller (GLP): Das Guthaben ist 2017 um rund Fr. 114'000.– gestiegen. Hier muss für die Unterfluranlagen Geld bereitgestellt werden, da eine solche Anlage ungefähr Fr. 100'000.– kostet.

Anhang

Marcel Spörri (EVP): Wir haben nach wie vor keinen Vertrag betreffend Parkhaus Sandweg/Eisengasse. Es besteht immer noch der Hinweis auf den diesbezüglichen Protokollauszug. Ich weiss nicht, was so schwierig ist, hier eine Vereinbarung abzuschliessen. Falls es nicht möglich ist, einen Vertrag zu erstellen, besteht die Variante einer Rückzahlung. Hier muss die Stadt klar den höchsten Zins für ein Darlehen bezahlen. Dieser Zinssatz ist nicht mehr marktkonform. Würde die Vereinbarung auf einem Vertrag basieren, könnte dieser auch gekündigt werden. Hier empfehle ich dringend, endlich einen Vertrag zu erstellen oder das Darlehen zu amortisieren. Dadurch können wir uns die Zinsen sparen.

Antrag

GPFK-Präsident Beat Hiller (GLP): Die GPFK empfiehlt dem Einwohnerrat einstimmig, den Rechenschaftsbericht 2017 und die Rechnung der Einwohnergemeinde 2017 zu genehmigen.

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Auf der letzten Seite des Rechenschaftsberichts sehen Sie auch den Revisionsbericht der Firma Hüsler Gmür + Partner AG. Die Revisoren bestätigen darin, dass die Jahresrechnung 2017 den gesetzlichen Vorschriften entspricht und empfehlen dem Einwohnerrat, die Rechnung 2017 auch zu genehmigen. Wünscht noch jemand das Wort? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Somit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

Gestützt auf den Bericht und Antrag des Stadtrats vom 14. März 2018 wird einstimmig

b e s c h l o s s e n :

Es werden genehmigt:

- a) der Rechenschaftsbericht des Stadtrats für das Jahr 2017;
- b) die Rechnungen der Einwohnergemeinde für das Jahr 2017.

Diese Beschlüsse unterliegen dem fakultativen Referendum. Die Frist läuft am 6. August 2018 ab.

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Im Namen des Einwohnerrats danke ich allen, die jeweils diese grosse Arbeit leisten und zu diesem umfangreichen Werk etwas beigetragen haben. Für uns als Einwohnerinnen und Einwohner, aber natürlich auch für unsere Arbeit im Einwohnerrat, ist es wichtig, dass wir auf zuverlässige Daten zählen können. In diesem Sinne ein ganz grosses Dankeschön. Dass die Finanzen in der Stadt Lenzburg gut verwaltet werden, gibt uns auch Zuversicht und Vertrauen, dass wir mit gutem Gewissen in die Zukunft gehen können. Ein weiterer grosser Dank geht natürlich auch an die GPFK. Sie hat in unzähligen Stunden die Rechnung akribisch analysiert und hinterfragt und so mitgeholfen, dass wir uns weiterentwickeln. Selbstverständlich auch ein Dank an GPFK-Präsident Beat Hiller, dass er uns heute Abend über die Rückmeldungen aus der GPFK informiert hat.

4 Seonerstrasse (K249); Bahnübergang Seetalbahn Brännli; Verpflichtungskredit

GPFK-Sprecher Rudolf Baumann (SVP): Bei dieser Vorlage betreffend Bahnübergang Seetalbahn Brännli an der Seonerstrasse sprechen wir über Gesamtkosten von Fr. 983'000.– (die wir eigentlich schlussendlich alle bezahlen). Davon fallen rund ein Drittel der Kosten (ca. Fr. 310'000.–) auf die Gemeinde. An diesen Betrag bezahlt uns die Gemeinde Staufien Fr. 77'500.–. Die Gemeinde Staufien ist gewillt, einen Beitrag zu leisten, da mit dem Projekt die Verbindung zwischen Staufien und dem Bergfeld wesentlich verbessert wird. Die Vorlage ist ausführlich abgefasst, so dass ich nicht auf weitere Details eingehen muss.

In der Fraktion und in der GPFK haben wir die Schleppkurve für Lastwagen mit Anhänger Typ A bei der Einmündung des Schrägwegs in die Seonerstrasse diskutiert. Ich habe gegoogelt und konnte feststellen, dass dies ein ganz normaler Lastwagen ist: ein 40 t-Zug mit Anhänger, Länge 18,75 m, Breite 2,55 m. Die Schleppkurve musste man so gestalten, weil eine Verkehrsinsel vorhanden ist. Ein Lastwagen mit Anhänger aus Richtung Seon, der rechts abbiegen möchte, könnte, wenn keine Insel vorhanden wäre, auf die linke Seite ausholen und rechts einbiegen. Da jedoch die Insel genau vor der Einmündung liegt, ist nicht ausreichend Raum zum Ausholen vorhanden, weshalb diese Schleppkurve gebaut werden muss. Vom Stadtbauamt erhielt ich die Auskunft, dass diese Lösung im Hinblick auf eine Änderung bei dieser Einfahrt gewählt wurde. Heute besteht weder von der Firma Messer Schweiz AG noch von sonst jemandem das Verlangen, mit Lastwagen in den Schrägweg zu fahren. Die

Messer Schweiz AG hat mir diesen Sachverhalt bestätigt. Die Firma kann sich jedoch vorstellen, dass dereinst der Kleinhandel mit Gasflaschen über diese Strasse abgewickelt werden könnte, was zu einem entsprechenden Verkehr mit Personenwagen führen dürfte. Zum jetzigen Zeitpunkt ist dies aber nicht angedacht, eher für die Zukunft. Weiter habe ich von der Messer Schweiz AG die Auskunft erhalten, dass die Verhandlungen bezüglich Landabtausch noch nicht abgeschlossen sind. Sollte der Fussweg nicht mehr durch das Land dieser Firma führen, könnte das Firmenareal eingezäunt werden.

Betreffend Beteiligung haben wir festgestellt, dass der Landhandel bezüglich Einfahrtsbereich vom Kanton und nicht von der Stadt abgewickelt wird. Die Firma Kimob AG muss 148 m² bei der Kurveninnenseite am südlichen Teil abgeben, die Messer AG gibt etwas Land vom Schrägweg an die Kantonsstrasse ab und erhält im Gegenzug auch Land zurück. Auf der westlichen Seite der Bahn muss die Firma Doninelli noch 10 m² abtreten, damit die Verbreiterung vorgenommen werden kann.

Die GPFK hat der Vorlage mit sechs Ja-Stimmen und zwei Enthaltungen zugestimmt. Die SVP-Fraktion hat der Vorlage mit acht Ja-Stimmen zugestimmt.

Heiner Cueni (FDP): Wir haben wieder einmal ein Geschäft, das sinnvoll erscheint, jedoch nicht hundertprozentig notwendig ist. Die SBB hat vor rund 7 Jahren den alten Bahnübergang klammheimlich entfernt. Würde dieser Übergang heute noch bestehen, müsste er früher oder später aus sicherheitstechnischen Gründen saniert werden. Nach intensiver Diskussion in der Fraktion kamen wir zum Entscheid, den Verpflichtungskredit zähneknirschend gutzuheissen. Trotzdem möchte ich darauf hinweisen, dass die Weiterführung des Wegs in östlicher Richtung auch noch Kosten mit sich bringen wird. Diese dürften in etwa der Summe entsprechen, die Stufen heute an das Projekt beisteuert. Wie erwähnt, unsere Fraktion wird zustimmen. Ich möchte aber als take-home message dem Stadtrat mitgeben, dass er in Zukunft der SBB immer gut auf die Finger schauen soll, was diese tun. Nicht dass sich dieser Vorfall wiederholt. Der Bahnhof lässt grüssen, dort haben wir auch noch einiges mit der SBB zu tun.

Adrian Höhn (GLP): Dieses Geschäft ist eigentlich zweigeteilt. Der erste Teil ist die Einfahrt in die Seonerstrasse. Der zweite Teil, der jedoch relativ vage ist, ist die Fortführung der Ost-West-Verbindung. Diese Fusswegverbindung ist noch recht vage und hier dürfte der Stadtrat noch gefordert sein, die notwendigen Vereinbarungen mit dem Kanton zu treffen, so dass die Verlegung der Brücke auch Sinn macht. Die GLP-Fraktion wird dem Antrag zustimmen.

Ilkay Ergeneli (SP): Stellt euch vor, ihr steht am Morgen auf und vor eurer Haustüre wurde die Strasse über Nacht weggefegt. So oder ähnlich ist es den Bewohnern beim Übergang Brännli ergangen, als dieser bei der Sanierung der Seetalbahn ersatzlos aufgehoben wurde; schlichtweg vom Kanton und vom Bund vergessen. Irren ist ja menschlich, und wir dürfen es jetzt wieder gut machen. Dass diese zehn betroffenen Anwohner auf einer sicheren Fusswegverbindung zu ihrem Haus kommen, hat für uns oberste Priorität. Der Bahnübergang ist natürlich nicht nur für die Anwohner wichtig, er dient auch als gute Verbindung zum Naherholungsgebiet für Staufner und für Lenzburger (Staufberg oder auch Aabachtal). Für die SP ist vor allem auch die Sicherheit wichtig. Aus diesem Grunde begrüßen wir die Bahnschranken beim Bahnübergang und Verschiebung der 60er Zone in Richtung Seon. Betonen möchten wir auch noch, dass die Beleuchtung des Übergangs äusserst wichtig ist. Die Kostenteilung zwischen SBB, Kanton und den Gemeinden ist gut geregelt. Sehr erfreulich ist, dass sich die Gemeinde Staufen beteiligt. Gemeinsam erreichen wir solche Verbesserungen. Wir von der SP-Fraktion werden dem Antrag zustimmen.

Daniel Blaser (CVP): Für mich ist klar: Die Sicherheit der Anwohner und die Schulwegsicherheit gehen vor. Trotzdem stelle ich die Kostenverteilung zur Diskussion. Den Nutzen haben in erster Linie die Bewohner von Staufen. Die Gemeinde Staufen beteiligt sich jedoch nur mit einem Viertel am Kostenanteil, den die Gemeinden berappen müssen. Zudem profitiert ja vor allem auch die Firma Messer Schweiz AG von der besseren Erschliessung. Sie muss sich aber nicht an den Kosten beteiligen. Hier würde ich eine Mitfinanzierung ebenfalls begrüßen. Die CVP-Fraktion wird dem Verpflichtungskredit mehrheitlich zustimmen.

Marcel Spörri (EVP): Wir haben in diesem Raum schon mehrmals über notwendige und wünschbare Investitionen gesprochen. Wir haben schon darüber gesprochen, ob wir in das Personal investieren möchten. Ist es notwendig, den Sozialdienst auszubauen etc.? Wir haben auch schon Projekte aus Kostengründen abgelehnt. Wie Heiner Cueni bereits erwähnt hat, macht die Vorlage auf den ersten Blick Sinn. Trotz allem stelle ich mir eine Frage (Rudolf Baumann hat dies auch schon erwähnt): Wir bauen die Einmündung des Schrägwegs so aus, dass diese von Lastwagen befahren werden kann, obwohl eigentlich niemand diese von Lastwagen befahren lassen möchte. Wieso machen wir das? Ich sehe dies nicht ein. Oder bestehen hier doch Pläne bezüglich Schwerverkehr, von denen wir nichts wissen?

Die SBB hat den Bahnübergang widerrechtlich aufgehoben. Jeder, der widerrechtlich etwas abbaut, erhält eine Busse und muss dafür geradestehen. Die SBB baut einfach einen neuen Bahnübergang und damit hat es sich. Damit habe ich mit meinem Rechtsempfinden Mühe. Wir haben einige Anwälte unter

uns, vielleicht weiss ja einer von ihnen, ob wir hier nicht Handlungsmöglichkeiten hätten.

Für mich stellt sich auch dieselbe Frage, die Adrian Höhn aufgeworfen hat: Wie wird der Wanderweg weitergeführt? Der Ausbau der Einmündung für Lastwagen trägt nichts zur Schulwegsicherheit bei. Ich persönlich finde, dass die Vorlage überarbeitet werden muss und werde ihr nicht zustimmen.

Stadtrat Martin Stücheli: Die Stadt ist verpflichtet, die dort angrenzenden Lenzburger Wohngebiete angemessen zu erschliessen. Dazu gehört auch die Verbindung für den Langsamverkehr. Betreffend Einlenkradius gehe ich davon aus, dass in nächster Zeit tatsächlich keine Lastwagen auf dieser Strasse hinunterfahren werden. Der Schrägweg dient aber auch als Zufahrtstrasse für die Wohnhäuser. Da es sich um eine Einmündung in eine Kantonsstrasse handelt, muss diese eine gewisse Qualität aufweisen.

Betreffend Weiterführung des Wegs: Diese konnte man noch nicht fertig planen, weil von Seiten des Kantons zuerst die Sanierung des Bahnübergangs realisiert werden muss. Nachher wird die Verbindung des Bahnübergangs weitergeführt und der Steg versetzt. Die diesbezüglichen Gespräche mit der Firma Messer Schweiz AG wurden bereits geführt und das Projekt ist auf gutem Weg. Der Kanton hat auch signalisiert, dass er der geplanten Verlegung der Brücke zustimmen wird. Es wurden im Vorfeld sehr viele Gespräche geführt. Ich denke nicht, dass wir die Vorlage wegen eines Einlenkradius nochmals überarbeiten sollten. Die geplante Fusswegverbindung stellt eine gute Ost-West-Verbindung zum Aabachraum dar und entspricht deshalb den Vorgaben der neuen BNO.

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Danke, Martin Stücheli. Die Diskussion scheint erschöpft zu sein. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

Gestützt auf den Bericht und Antrag des Stadtrats vom 2. Mai 2018 wird mit 31 Ja-Stimmen gegen 6 Nein-Stimmen, bei 1 Stimmenthaltung,

b e s c h l o s s e n :

Der Einwohnerrat stimmt der Erstellung der Strassenquerung mit Bahnübergang Brännli zu und bewilligt für die Ausführung des Vorhabens einen Verpflichtungskredit von Fr. 310'000.– (Gemeindeanteil brutto), zuzüglich teuerungsbedingter Mehrkosten.

Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Die Frist läuft am 6. August 2018 ab.

5 Postulat "Einhaltung Ensembleschutz in der BNO – Abbruch/Neubau Bahnhofstrasse 22, Lenzburg", Bericht und Antrag des Stadtrats

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Die Diskussion ist eröffnet. Wünscht jemand das Wort?

François Kuhlen (FDP): Die FDP-Fraktion ist froh, dass mit diesem Postulat das Thema Einhaltung der Bauordnung angesprochen wird. In seinem Bericht (II. B., letzter Abschnitt) kommt der Stadtrat zum Schluss, dass im konkreten Fall wie auch generell die BO eingehalten worden ist bzw. wird. Dies ist mit Verlaub gesagt, eine Beschönigung der Fakten. Ich bin weder Jurist noch Baufachmann, jedoch alleine schon die Formulierung, dass eine Baubewilligung nur unter dem Vorbehalt erteilt werden kann, dass die Villa Fischer aus dem Ensembleschutz entlassen wird, lässt aufhorchen. Fakt ist, dass gemäss geltenden Bauordnung die Villa Fischer eindeutig unter Ensembleschutz steht. Dies heisst für mich jedoch, dass gemäss bestehender Bauordnung das geplante Projekt schlicht nicht bewilligungsfähig ist, ohne Wenn und Aber. Es geht nicht darum, dass eine Entlassung aus dem Ensembleschutz in Aussicht gestellt wird. Es ist auch symptomatisch, dass die Sistierung des Baubewilligungsverfahrens erst unter Druck der Öffentlichkeit erfolgte. Was passiert wäre, wenn die öffentliche Diskussion nicht stattgefunden hätte, kann man nur mutmassen.

Wenden wir uns der Argumentation des Stadtrats zu, warum die Villa Fischer nicht schützenswert ist und aus dem Ensembleschutz entlassen werden kann: Die Argumentation beruht einzig und allein auf denkmalschützerischen Überlegungen zur Villa Fischer als Einzelobjekt. Es mag sein, dass aus Sicht des Denkmalschutzes und auch objektiv gesehen, die Villa Fischer keine Besonderheiten aufweist und das Einzelobjekt nicht schützenswert ist. Damit könnte ich, wenn ich mir die Villa anschau, wahrscheinlich auch einverstanden sein. Es geht hier aber nicht um Denkmalpflege oder Denkmalschutz eines Einzelobjekts, sondern um Ensembleschutz, und die Villa Fischer ist Teil dieses Ensembles. Warum die Begründung, die zur Aufnahme der Villa Fischer in die Ensembleschutzzone führten, heute nicht mehr gelten soll, wird nicht erwähnt. Bevor die Villa Fischer aus dem Ensembleschutz entlassen werden kann, muss aber zwingend argumentiert werden, wieso die seinerzeitigen Überlegungen zum Ensembleschutz heute an Bedeutung verloren haben sollen oder nicht

mehr gelten. Es ist anzunehmen, dass die drei übrigen Villen dieses Ensembles aus Sicht der Denkmalpflege auch nicht mehr schützenswert sind. Wenn wir der Argumentation des Stadtrats folgen würden, bestünde kein Grund mehr, dieses Ensemble überhaupt noch aufrecht zu erhalten, auch nicht für die drei anderen Häuser.

In diesem Zusammenhang stellen sich für mich weitere Fragen:

1. Wenn die Villa Fischer aus dem Ensembleschutz entlassen wird, welche Argumente gibt es dann noch, um den Ensembleschutz der drei übrigen Liegenschaften beizubehalten?
2. Welche Auflagen sind seinerzeit beim Wiederaufbau der durch Brand zerstörten Villa in Bezug auf Denkmal- und Ensembleschutz gemacht worden?
3. Mit welchen Auflagen in Bezug auf den Denkmal- und Ensembleschutz ist die Liegenschaft der ehemaligen Musikschule verkauft worden?

Aufgrund dieser Punkte scheint mir, dass der Stadtrat in diesem Fall (oder generell) bei der Behandlung dieser Baueingabe alles andere als kompetent beraten wurde, von wem auch immer.

In diesem Zusammenhang ist uns auch aufgefallen, dass die Abteilung Planung und Hochbau sich im Internet mit folgenden Worten anpreist: *Das Stadtbauamt ist Berater für die Umsetzung Ihrer Planungs- und Bauvorhaben.* Mit "Ihr" sind Investoren, Bauherrschaften und Planer gemeint. Grundsätzlich ist gegen eine Beratungstätigkeit der Abteilung Hochbau im Bereich der Baugesetzgebung nichts einzuwenden. Wir möchten aber mit Nachdruck darauf hinweisen, dass die primäre Aufgabe der Abteilung Hochbau des Bauamts die Kontrolle über das Einhalten der geltenden Bauordnung und des übergeordneten Rechts ist. Im vorliegenden Fall scheint die Abteilung Hochbau die geltende Bauordnung bei ihrer Beratungstätigkeit doch etwas grosszügig interpretiert zu haben. Die erwähnte politische und öffentliche Diskussion über die Villa Fischer, sowie auch der Informationsabend über die neue BNO und das Feedback, welches man dort von verschiedenen Teilnehmern erhalten hat, hat für mich eindeutig gezeigt, dass sich in breiten Kreisen der interessierten Bevölkerung eine nicht zu unterschätzende Unzufriedenheit mit dem Vorgehen der Stadt im Bereich des Bauwesens feststellbar ist. Wenn ich in der Verantwortung wäre, würde mir die Genehmigung der neuen BNO grosse Sorgen bereiten.

Im zweiten Abschnitt seiner Antwort weist der Stadtrat zu Recht auf die laufende Revision der BNO und die Möglichkeiten der Einflussnahme durch die Bevölkerung hin. In diesem Sinne sind wir einverstanden. Die FDP-Fraktion findet den Zeitpunkt dieses Postulats nicht opportun. Wir werden deshalb dem Antrag des Stadtrats, dieses Postulat abzuschreiben, zustimmen. Für die FDP ist dieser Entscheid auf keinen Fall jedoch ein Präjudiz für eine allfällige Aufhebung des Ensembleschutzes der Villa Fischer. Diese Diskussion werden wir

zu gegebener Zeit bei der Beratung der neuen BNO führen können. Herzlichen Dank.

Martin Geissmann (GLP): François Kuhlen hat viele Punkte bereits vorweggenommen. Ich versuche deshalb, mein Votum etwas zusammenzufassen. Vielen Dank für die Beantwortung unseres Postulats, welches wir Mitte Mai 2017 eingereicht haben. Die Stadtverwaltung hält sich an die Vorgaben der Bau- und Zonenordnung. Unschön ist, dass die Pläne nicht in allen Details übereinstimmen. Dies wurde inzwischen korrigiert.

Zum Bauprojekt: Der Stadtrat erwähnt, dass die Stadtbildkommission und der Stadtrat gleicher Meinung waren und man die Bahnhofstrasse aufwerten wolle. Aus unserer Sicht wurde diese Aufwertung sehr eindimensional ausgelegt. Mit dem Bau eines einzelnen Gebäudes kann diese Strasse nicht aufgewertet werden. Eine Entlassung der Villa Fischer aus dem Ensembleschutz hätte eine Teilrevision der BNO bedingt, so dass auch der Eiwohnerrat dieses Vorhaben hätte diskutieren können. Der bereits erwähnte Fehler in den Unterlagen ist natürlich alles andere als optimal, auch aus Sicht der Investoren und Eigentümer. Was wäre geschehen, wenn der geplante Abbruch nicht öffentliche Diskussionen ausgelöst hätte? Dies hinterlässt einen fahlen Beigeschmack. Der GLP geht es weniger um das Gebäude (der Ensembleschutzartikel würde auch einen Ersatzbau zulassen), sondern um die Grünfläche; die Erhaltung des Gebietscharakters inkl. Grünfläche. Dieses Anliegen ist uns auch im Zusammenhang mit der neuen BNO wichtig. Die nötigen Schritte wurden unternommen und das Baugesuch sistiert. Dadurch wurde auch ein Präjudiz-Entscheid vor der Gesamtrevision der BNO verhindert. Diese Massnahme war jedoch mehr eine Schadensbegrenzung als eine optimale Abwicklung eines Baubewilligungsverfahrens.

In der neuen BNO wird die Achse Altstadt-Bahnhof ein wichtiges Thema bleiben. Die GLP hat hier aktiv Änderungsvorschläge eingebracht und auch für den Erhalt der Villa Fischer und der Grünflächen plädiert. Wir werden uns weiter einsetzen und warten natürlich auch gespannt darauf, wie die Bauverwaltung diese Rückmeldungen zusammenfassen wird, bevor wir in die formelle Thematik einsteigen.

Wie die FDP ist die GLP formell einverstanden, dass das Postulat abgeschrieben wird. Inhaltlich sind wir mit der Antwort überhaupt nicht zufrieden; jedoch müssen wir im Rahmen unseres Postulats nicht über eine BNO-Thematik diskutieren. Wie bereits erwähnt, ist das Thema Aufwertung Bahnhofstrasse nicht abgeschlossen. Es wird schlussendlich an der Lenzburger Bevölkerung liegen, ob man die Bahnhofstrasse links und rechts mit einem Schlauch aus Betonstahl und Stein gestalten möchte. Oder darf es auch - wie bei anderen Alleen - die eine oder andere Grünfläche/Freiflächen haben?

Prof. Martin Killias (SP): Die SP-Fraktion hat das Geschäft eingehend diskutiert. Wir sind froh, dass die GLP vor einem Jahr eine öffentliche Diskussion initiiert hat. Dadurch wurde verhindert, dass eine Baubewilligung für ein sehr diskutables Bauprojekt erteilt und dieses sistiert wurde. Die Villa Fischer soll nicht einfach abgebrochen werden, bevor hier genaue Abklärungen getroffen worden sind. Dabei geht es, wie mein Vorredner bereits erwähnt hat, nicht nur um die Denkmalschutzwürdigkeit. Ein kantonales Denkmalschutzobjekt ist die Villa sicher nicht, da es nur wenige kantonale Schutzobjekte gibt. In Lenzburg sind dies das Rathaus, die Stadtkirche und ein paar wenige andere Häuser. Kommunal hätte die Villa Fischer unter Umständen jedoch sehr wohl die nötige Qualität für ein Schutzobjekt.

Die Begründung des Stadtrats bezieht sich ausschliesslich auf den sogenannten Eigenwert. Bei der Denkmalpflege unterscheidet man den Eigenwert und den Situationswert. Eigenwert sind Decken, Wände, Lampen, Fenstergestaltung etc. Unter dem Gesichtspunkt Eigenwert wird offensichtlich im Bericht des Stadtrats der Villa den Schutzcharakter abgesprochen. Es wird darauf hingewiesen, dass zu viel verändert worden sei (darüber müsste man auch noch diskutieren).

Klar ist, dass im Fall der Villa Fischer nicht der Eigenwert im Vordergrund steht, sondern der sogenannte Situationswert. Dieser bezieht sich genau auf das Ensemble, welches nun wiederholt angesprochen wurde. Auf der anderen Seite der Bahnhofstrasse stehen mehrere Schutzobjekte, Villen mit Grünflächen. Ich und auch die Fraktion vertreten die Meinung, dass hier eine Gesamtsicht notwendig ist. Der Situationswert des Ensembles ist an dieser Lage das Entscheidende. Dies ist auch im Zusammenhang mit der neuen BNO wichtig. Ich rate dem Stadtrat, der Bauherrschaft nicht Hoffnung zu machen, dass hier ein neuer "Palast" hingestellt werden kann. Dies diskutieren wir aber dann im Zusammenhang mit der neuen BNO. Danke.

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Danke, Martin Killias. Wenn das Wort nicht mehr gewünscht wird, kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

Gestützt auf den Bericht und Antrag des Stadtrats vom 30. Mai 2018 wird mit 30 Ja-Stimmen, bei 8 Stimmenthaltungen,

b e s c h l o s s e n :

Der Einwohnerrat heisst gestützt auf § 29 Abs. 3 der Gemeindeordnung den Bericht des Stadtrats zum Postulat der GLP betreffend "Einhaltung Ensemble-schutz in der BNO – Abbruch/Neubau Bahnhofstrasse 22 (Villa Fischer)" gut.

Dieser Beschluss ist formeller Natur und unterliegt nicht dem fakultativen Referendum.

6 Anfrage der GLP betreffend Entsorgung & Recycling vom 15. März 2018, Beantwortung des Stadtrats

7 Anfrage der FDP betreffend Entsorgung/Recycling vom 15. März 2018, Beantwortung des Stadtrats

Martin Stücheli, Stadtrat: Da es bei diesen beiden Anfragen um das gleiche Thema geht, werde ich sie gemeinsam beantworten.

I. Ausgangslage

1. An der Einwohnerratssitzung vom 15. März 2018 reichten François Kuhlen und Mitunterzeichnende im Namen der FDP Einwohnerratsfraktion folgende Fragen zum Thema "Entsorgung/Recycling" ein:

1. *Beabsichtigt die Stadt ein Outsourcing der Abfalltrennung und -entsorgung?*
2. *Wenn ja, wie gestaltet sich der Auswahlprozess des Drittanbieters (Kriterien, Ausschreibung,...)?*
3. *Wie sehen die Vertragsbestimmungen aus (Exklusivität, Vertragsdauer, Preisgestaltung,), welche Garantien gelten (z.B. bei fehlender Rentabilität, Insolvenz des Unternehmens,...)?*

2. An der gleichen Einwohnerratssitzung reichte auch Adrian Höhn im Namen der GLP folgende Fragen zum Thema "Entsorgung & Recycling" ein:

Entspricht es den Plänen des Stadtrats, dass die Recyclingstelle beim Werkhof geschlossen und zukünftig von den Einwohnerinnen und Einwohnern von Lenzburg die ab 2019 durch die Firma Bausort AG geführte Entsorgungsstelle genutzt werden soll?

Im Falle einer Schliessung der Recyclingstelle auf dem Werkhofgelände:

- *Per wann ist die Schliessung geplant?*
- *Wie und wo werden die weiteren Dienstleistungen, zu der die Stadt verpflichtet ist, angeboten (z. B. Kadaversammelstelle und ev. weitere durch die Firma Bausort AG nicht angebotene Dienstleistungen)?*

- *Dürfen nach geltendem Recht solche Dienstleistungen, zu denen die Stadt verpflichtet ist, entgeltlich ausgelagert werden?*
- *Hat die Stadt bereits Gespräche mit einem Anbieter für diese zusätzlichen Dienstleistungen aufgenommen?*
- *Ist sichergestellt, dass der Grundsatzentscheid für eine externe Lösung der Recyclingstelle früh gefällt und durch alle Gremien abgesegnet wird, so dass keine weiteren Kosten für eine in dem Falle unnötige alternative Planung der Erneuerung der eigenen Recyclingstelle anfallen?*

II. Beantwortung der Fragen

Der Stadtrat beantwortet die Fragen der beiden Fraktionen zum gleichen Thema gemeinsam wie folgt:

GLP: Entspricht es den Plänen des Stadtrats, dass die Recyclingstelle beim Werkhof geschlossen und zukünftig von den Einwohnerinnen und Einwohnern von Lenzburg die ab 2019 durch die Firma Bausort AG geführte Entsorgungsstelle genutzt werden soll?

FDP: Beabsichtigt die Stadt ein Outsourcing der Abfalltrennung und -entsorgung?

Der Stadtrat beobachtet die Entwicklung im Bereich Recycling bzw. bei den Entsorgungsstellen durch private Anbieter seit längerem (vgl. auch bereits Antwort auf die Anfrage der SVP vom 16. März 2017). Der Stadtrat beabsichtigt nicht, sich in diesem Markt aktiv zu betätigen, sondern er plant, die eigene Sammelstelle im Werkhof zu schliessen, wenn die Sicherstellung der fachgerechten Entsorgung in unmittelbarer Nähe gewährleistet ist. Den Bewohnerinnen und Bewohnern von Lenzburg ist es freigestellt, wo und bei welchem Anbieter sie ihren Siedlungsabfall entsorgen möchten.

FDP: Wenn ja, wie gestaltet sich der Auswahlprozess des Drittanbieters (Kriterien, Ausschreibung)?

In der Region gibt es neben der sich im Bau befindlichen Recycling Oase in Niederlenz noch weitere Anlagen (bspw. Recycling Paradies in Hunzenschwil, brings! Wohlen AG etc.). Weitere Recyclingcenter sind in Planung. Alle diese Unternehmen bewegen sich in einem marktwirtschaftlichen Umfeld und bieten ein vergleichbares Entsorgungsangebot an wie die Stadt im Werkhof. Bereits seit dem Betriebsbeginn des Recycling Paradieses in Hunzenschwil vor rund vier Jahren sind die Annahmemengen von verschiedenen Fraktionen im städtischen Werkhof spürbar zurückgegangen. Da es den Lenzburgerinnen und Lenzburgern freigestellt ist, bei welchem Anbieter sie ihren Abfall entsorgen möchten (vgl. vorherige Antwort) und die Stadt keinen Anbieter finanziell unterstützt, fand und findet kein Auswahlprozedere statt.

FDP: Wie sehen die Vertragsbestimmungen aus (Exklusivität, Vertragsdauer, Preisgestaltung.), welche Garantien gelten (z.B. bei fehlender Rentabilität, Insolvenz des Unternehmens)?

Zum aktuellen Zeitpunkt ist mit keiner Unternehmung betreffend Recycling-sammelstelle bzw. Entsorgungszentrum ein Vertrag betreffend Siedlungsabfall geplant.

GLP: Per wann ist die Schliessung des Werkhofs geplant?

Die Schliessung erfolgt kurze Zeit nachdem und solange sichergestellt ist, dass in nächster Nähe eine professionelle Entsorgung gewährleistet ist.

GLP: Wie und wo werden die weiteren Dienstleistungen, zu der die Stadt verpflichtet ist, angeboten (z. B. Kadaversammelstelle und ev. weitere durch die Firma Bausort AG nicht angebotene Dienstleistungen)?

Die Stadt wird weiterhin die externen Sammelstellen (aktuell: Sammelmulden und Unterflursammelstellen mit Glas, Weissblech, Textilien sowie Grüngutmulde beim Werkhof) auf Stadtgebiet betreiben und durch Dritte die sachgerechte Weiterverwertung sicherstellen.

Über eine mögliche Auslagerung der Kadaversammelstelle vom Werkhof zur Recycling Oase (Bausort AG), Niederlenz, werden derzeit Gespräche betreffend Vertragsmodalitäten und Rahmenbedingungen etc. geführt. Die bestehende Kadaversammelstelle entspricht nicht mehr den gesetzlichen Vorgaben und muss erneuert werden.

GLP: Dürfen nach geltendem Recht solche Dienstleistungen, zu denen die Stadt verpflichtet ist, entgeltlich ausgelagert werden?

Die Gemeinden sind verpflichtet, für eine verursachergerechte Entsorgung von Siedlungsabfällen zu sorgen. Die Gemeinden müssen diese Aufgabe nicht selber ausführen.

GLP: Hat die Stadt bereits Gespräche mit einem Anbieter für diese zusätzlichen Dienstleistungen aufgenommen?

Gespräche über die Führung der Kadaversammelstelle werden mit der Bausort AG geführt.

GLP: Ist sichergestellt, dass der Grundsatzentscheid für eine externe Lösung der Recyclingstelle früh gefällt und durch alle Gremien abgesehnet wird, so dass keine weiteren Kosten für eine in dem Falle unnötige alternative Planung der Erneuerung der eigenen Recyclingstelle anfallen?

Anhand der aktuellen Lage und der sehr guten Abdeckung in nächster Umgebung mit Recyclingsammelstellen hat der Stadtrat die lange Zeit im Aufgaben- und Finanzplan aufgeführte Position Recyclingsammelstelle aus dem im Entwurf vorliegenden Aufgaben- und Finanzplan 2019 bis 2023 gestrichen.

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Die GLP sowie FDP haben jetzt die Möglichkeit, dazu Stellung zu beziehen, ob sie mit der Beantwortung einverstanden sind oder nicht.

François Kuhlen (FDP): Ich halte mich etwas kürzer. Die Frage 1 über die Absichten des Stadtrats und Frage 2 über den Auswahlprozess wurden aus meiner Sicht zufriedenstellend beantwortet. Auf die Antwort zur dritten Frage über die Vertragsbestimmungen inklusive Preisgestaltung möchte ich jetzt doch noch etwas genauer eingehen.

Der Stadtrat hat festgehalten, dass zum aktuellen Zeitpunkt "mit keiner Unternehmung betreffend Recyclingsammelstelle bzw. Entsorgungszentrum ein Vertrag betreffend Siedlungsabfall geplant sei". Vier Fragen der GLP weiter heisst es: "Gespräche über die Führung der Kadaversammelstelle würden mit der Bausort AG geführt". Man kann jetzt eine semantische Diskussion lostreten, ob Tierkadaver Siedlungsabfall sind oder nicht. Wenn der Stadtrat eine so feinfühlig genaue Unterscheidung mit Absicht gemacht hat, dann gratuliere ich ihm dazu. Meine Fragen haben aber eindeutig auf Abfallentsorgung inkl. Kadaverstelle abgezielt.

Wie Michael Häusermann auch schon erwähnte, hat die GPFK seit bereits mehr als zwei Jahren zur Abfallwirtschaft Fragen gestellt, insbesondere warum in diesem Bereich nie eine Ausschreibung gemacht wird. Nicht, dass wir dies unbedingt wollen, aber wir hätten gerne eine Antwort, auch wenn diese eine Begründung wäre, warum keine Ausschreibung erfolgen soll. Anscheinend gibt es diesbezüglich einen Benchmark. Gemäss Aussage des Ressortvorstehers ist dieser seit über einem Jahr verfügbar (Mai 2017). Bis dato wurde dieser der GPFK aber schlichtweg vorenthalten. Dies ist für mich einfach eine untragbare Situation. In diesem Zusammenhang wird im Protokoll der GPFK-Sitzung vom 24. Mai 2018 folgende Aussage des Ressortvorstehers zum Thema Abfallwirtschaft festgehalten. Ich zitiere: *Zurzeit führt das Bauamt Verhandlungen mit der Firma Häfeli AG. Sobald mehr Fakten vorliegen, wird die GPFK informiert.* Fazit: Es finden doch Verhandlungen statt. Aber man merke den feinen Unterschied: In der Abfallwirtschaft, aber nicht betreffend Recyclingsammelstelle und

Entsorgungszentrum. Wie man dies in Verhandlungen oder Diskussionen trennen kann, ist mir schleierhaft. Ich kann jetzt zu diesem Thema nur sagen, dass es ein Dauerthema ist und wahrscheinlich auch noch eine Weile bleiben wird. Auch kann ich nur sagen: Fortsetzung folgt garantiert. Besten Dank.

Stadtrat Martin Stücheli: Gerne möchte ich François Kuhlen noch eine Antwort dazu geben. Die Anfrage war ganz klar auf die Abfall- und Recyclingsammelstelle begrenzt. Ich habe an der GPFK-Sitzung jedoch eine Antwort über die Abfallentsorgung und die wöchentliche Abfalltour gegeben und gesagt, dass man Benchmark-Vergleiche gemacht hat und dass der Rat die GPFK noch in diesem Jahr über die Resultate unterrichten wird. Die Kadaversammelstelle hat man separat ausgegliedert, weil man mit acht anderen Gemeinden einen Vertrag hat. Unserer Kadaversammelstelle sind neben Lenzburg also noch acht weitere Gemeinden angeschlossen.

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Danke, Martin Stücheli. Wir nehmen dies so zur Kenntnis.

8 Anfrage der SP "Tempo 30" auf der Bahnhofstrasse/Augustin Keller-Strasse vom 15. März 2018 bzw. 15. Mai 2018; Beantwortung des Stadtrats

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Seitens Stadtrat beantwortet Martin Stücheli diese Anfrage.

Martin Stücheli, Stadtrat:

I. Ausgangslage

An der Einwohnerratssitzung vom 15. März 2018 meldete sich unter dem Traktandum "Umfrage" Anja Vögeli Knapp und unterbreitete dem Stadtrat eine Anfrage bezüglich "Tempo 30 auf der Bahnhofstrasse / Augustin Keller-Strasse".

Mit E-Mail vom 15. Mai 2018 reichte Beatrice Taubert die schriftlich abgefasste und überarbeitete Anfrage der Stadtkanzlei ein, mit der Bitte, der Stadtrat möge die Anfrage an der Einwohnerratssitzung vom 28. Juni 2018 beantworten:

Ist es möglich, auf Beginn des kommenden Schuljahres 2018/19 (spätestens auf Januar 2019) auf der Bahnhofstrasse und der Augustin Keller-Strasse "Tempo 30" einzuführen oder Massnahmen mit denselben Wirkungen zu veranlassen?

II. Beantwortung der Anfrage

Als Grundlage für die Sanierung und die gleichzeitige Umgestaltung der Bahnhofstrasse wurde ein Betriebs- und Gestaltungskonzept (BGK) erarbeitet. Da die Augustin Keller-Strasse verkehrstechnisch in enger Beziehung zur Bahnhofstrasse steht, wurde gleichzeitig auch hier ein BGK erstellt. Per Dezember 2017 wurden die Pläne und Berichte der BGKs soweit fertiggestellt, dass die Massnahmen an der Verkehrskommissions-Sitzung vom 5. März 2018 besprochen werden konnten. Der Stadtrat behandelte die BGKs an seiner Sitzung vom 28. März 2018.

Augustin Keller-Strasse

Der Stadtrat stimmte der Einführung von Tempo 30 auf der Augustin Keller-Strasse zu. In diese Tempo 30-Zone soll auch der heutige Kreislauf Augustin Keller-Strasse / Bahnhofstrasse integriert werden. Damit wäre gewährleistet, dass das Zwiebelschalenprinzip auch von der Bahnhofstrasse Richtung Bahnhofplatz gewährleistet wird.

Das Stadtbauamt wurde beauftragt, das zur Einführung einer Tempo 30-Zone notwendige Gutachten ausarbeiten zu lassen. Dieses muss dann dem Departement Bau, Verkehr und Umwelt zur Genehmigung eingereicht werden. Nach der Publikation der Verkehrsanordnung könnte, falls keine Einsprachen erhoben werden, die Tempo 30-Zone umgesetzt werden. Eine Umsetzung im Jahr 2019 wird angestrebt.

Bahnhofstrasse

Die Einführung einer Tempo 30-Zone auf der Bahnhofstrasse macht erst nach einer Umgestaltung Sinn. Die Erreichbarkeit des Bahnhofs mit dem motorisierten Individualverkehr muss aus Sicht des Stadtrats gewährleistet bleiben; ebenso soll die Bahnhofstrasse als Ost-West-Achse funktionieren können.

Die Belagssanierung der Bahnhofstrasse ist im aktuellen Finanzplan in den Jahren 2020/2021 vorgesehen. Da eine Umgestaltung wesentlich teurer als die bisher geplante Belagssanierung zu stehen kommt, muss der Finanzbedarf angepasst werden. Das Projekt für die Umgestaltung muss öffentlich aufgelegt werden. Hierfür soll, basierend auf dem BGK, ein Bauprojekt erarbeitet werden. Das Stadtbauamt wurde beauftragt, ein Bauprojekt für die Umgestaltung der Bahnhofstrasse ausarbeiten zu lassen.

Anja Vögeli Knapp (SP): Die SP-Fraktion begrüsst die angestrebte Umsetzung von Tempo 30 auf der Augustin Keller-Strasse bereits nächstes Jahr sehr. Die Verkehrsberuhigung wertet die Augustin Keller-Strasse bezüglich Sicherheit und Lebensqualität massiv auf. Die Sanierung der Bahnhofstrasse zusammen mit einer Temporeduktion im Jahr 2020 erachtet die SP-Fraktion als absehbar. Aus diesem Grund begrüssen wir dies ebenfalls. Die Bahnhofstrasse ist wie das Tor zu unserer Stadt und darum soll sie die entsprechende Ausstrahlung haben. Martin Geissmann hat dies auch schon erwähnt. Sie soll sicher und einladend für alle Verkehrsteilnehmer sein. Die SP-Fraktion bedankt sich beim Stadtrat für die äusserst positive Antwort.

9 Gehweg Bushaltestelle Fünflindenstrasse/Tiliastrasse (K247); Kreditabrechnung

GPFK-Sprecher François Kuhlen: Remo Keller und ich haben die Rechnung geprüft. Erfreulich ist, dass sie 3 % unter der Kostenschätzung liegt. Die Rechnungsprüfung war sehr einfach, da die Rechnungsführung beim Kanton erfolgte und wir nur 10 Akontozahlungen und die Abrechnung prüfen mussten. Es war alles korrekt und wir können dieser Vorlage zustimmen.

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Gibt es weitere Wortmeldungen. Dies scheint nicht der Fall zu sein. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

Gestützt auf den Bericht und Antrag des Stadtrats vom 23. Mai 2018 wird einstimmig

b e s c h l o s s e n :

Der Einwohnerrat genehmigt die Kreditabrechnung für die Realisierung der Bushaltestelle Fünflindenstrasse/Tiliastrasse und den Gehwegausbau Aarauerstrasse, schliessend mit Fr. 437'560.50.

Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Die Frist läuft am 6. August 2018 ab.

10 Umfrage

Recycling

Heiner Cueni (FDP): Vor ein paar Minuten waren wir beim Thema Recycling. Am letzten Samstag hat die Pfadi Gofers Lenzburg Altpapier und Karton gesammelt. Die Einwohnerräte Markus Thöny, meine Tochter Phoebe und ich waren auch dabei. Grundsätzlich sollten die Regelungen, die Herr "Güsel" betreffend Altpapier und Karton vorgibt, bekannt sein. Papier zu Papier und Karton zu Karton. Es gibt aber leider Personen in Lenzburg, die stecken in eine Kartonschachtel ein, zwei Zeitungen und dazwischen noch Tetrapak, Plastik, Styropor, Pizzapackungen (mit schimmlichen Pizzaresten) usw. Dies ist illegale Entsorgung von kostenpflichtigem Abfall. Streng genommen müssten diese Personen gebüsst werden. So geht es nicht und so macht Papiersammeln keinen Spass. Mein Apell geht an alle Einwohnerinnen und Einwohner von Lenzburg. Helfen Sie uns und allen anderen mit beim Papiersammeln. Bündeln und trennen Sie das Papier korrekt, wie es sich gehört und wie es Herr "Güsel" wünscht. Geben Sie nur was weiterverwertet werden kann in die Papiersammlung. Alles andere gehört in den Plastiksack (mit dem halt kostenpflichtigen Kleber darauf) oder in eine dieser Recycling- oder Entsorgungsstellen.

Plastik-Sammelstelle in Lenzburg

Beatrice Taubert (SP): Wir haben heute dem Stadtrat eine Anfrage zur Plastiksammelstelle eingereicht. Wie man gestern sowie auch heute in der Zeitung lesen konnte, ist der Weg zu Karin Bertschi (SVP) der SP zu mühsam. Karin Bertschi hat direkt auf den gestrigen Artikel reagiert und der Stadt Lenzburg angeboten, eine Mulde für Säcke mit dem Plastikabfall aufzustellen und diese kostenlos abzuholen und in ihr Recyclingparadies nach Hunzenschwil zu bringen. Der Weg dieser Anfrage ist sicherlich nicht ganz ordnungsgemäss gelaufen, jedoch zeigt die schöne Geschichte, dass es politische Anliegen gibt, die nicht immer ganz so lange wie üblich dauern und wenn sich die Parteien zusammenschliessen, kann man das Ziel erreichen. Herzlichen Dank an Karin Bertschi für das spontane Angebot. Wir bitten den Stadtrat, das Angebot wohlwollen zu prüfen, auch wenn es nur für die nächste Zeit ist. Wichtig ist, dass die Sammelstelle mit dem Fahrrad erreicht werden kann.

Leitbild und Legislaturziele

Stadtmann Daniel Mosimann stellt das neue Leitbild der Stadt Lenzburg vor. Anschliessend werden die Legislaturziele durch die Mitglieder des Stadtrats erörtert. Bezüglich Details wird auf die den Einwohnerratsmitgliedern schriftlich abgegebenen Unterlagen verwiesen.

Soziale Sicherheit

Stadtrat Andreas Schmid: Wir haben heute Abend das Thema Soziale Sicherheit mehrmals gehört. Ich denke, in allen relevanten Gremien wurde erkannt, dass Handlungsbedarf besteht. Im Rechenschaftsbericht kann man die Fallentwicklung im Bereich Sozialhilfe nachlesen. Aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich betreuen wir aktuell 140 Personen. Die Sozialhilfe für diese Personen erhalten wir von Kanton bzw. Bund zurück. Diese Leistungen werden jedoch schrittweise von 2021 bis 2024 wegfallen; wir sprechen von aktuell 1,4 Mio. Franken. Diese Herausforderung müssen wir mit einer guten Strategie anpacken. Wir haben dazu eine Strategie entwickelt und bereits diverse Massnahmen geplant. Wir möchten aber auch unsere Hausaufgaben erledigen und unsere Strukturen, Prozesse und Verantwortlichkeiten überprüfen. Wir haben aber auch erkannt, dass es nicht ohne weitere Stellenprozente geht, um diese Herausforderungen zu bewältigen. Im Rahmen des Budgets 2019 werden wir eine Erhöhung der Pensen bei den Sozialen Dienste beantragen. Wir möchten Ihnen als Entscheidungsgrundlagen saubere Informationen liefern. Sie sollen von unserer Strategie und unseren Handlungsfeldern Kenntnis erhalten. Aus diesem Grund findet am Donnerstag, 13. September 2018, 19.30 Uhr, ein Informationsanlass statt. Der Durchführungsort wird noch bekannt gegeben.

Haus der Gegenwart

Stadtammann Daniel Mosimann: Man konnte der Presse entnehmen, dass die Schlüsselübergabe stattgefunden hat und die Inbetriebnahme kurz vor der Tür steht. Als kleines Dankeschön lädt die Stiftung Stapferhaus den Einwohnerrat sowie die Kommissionen für einen ersten, exklusiven Blick hinter die Kulissen am Donnerstag, 23. August 2018, 19 Uhr, am neuen Standort beim Bahnhof ein. Die schriftliche Einladung der Stiftung Stapferhaus erhalten Sie in den nächsten Tagen.

Schlusswort

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Mit dem bevorstehenden Jugendfest wartet eine spannende und intensive Zeit auf uns. Wir haben gehört, dass Kultur sehr wichtig ist. Der Startschuss fällt bereits mit dem reichlich gedeckten Tisch beim Lenzburger Land Zmorge am Aabach und der Jugendfestserenade auf dem Schloss. Weiter geht es mit den unterhaltsamen Vorabenden auf der Schützenmatte, dem Fischessen für einen guten Zweck, dem Brunnen schmücken mit der anschliessenden Brunnenführung (in diesem Zusammenhang allen ein Dankeschön für das grosse Engagement für eine blühende Stadt), mit dem Zapfenstreich und natürlich dem Jugendfest selber mit Manöver, dem einzigartigen Landschaftstheater rund um das Schloss und den Gofi. Auch als Zugezogene wurde ich schnell vom Virus Jugendfest befallen und bekanntlich führen etliche Viren zum anschliessenden Fieber. Mitten im

Pulverdampf strahlen so viele Kinder mit den Freischaren generationen-
übergreifend um die Wette.

Heute haben Sie bereits die Möglichkeit, die druckfrische Ausgabe des
Lenzburger Bezirks-Anzeigers, der erst nächsten Donnerstag verteilt wird, beim
Hinausgehen bei Fritz Thut zu beziehen. Nutzen Sie die Gelegenheit, Sie sind
eine Woche voraus.

Vielen Dank fürs Mitdenken und Mitarbeiten und auch den Besuchern für das
nötige "Sitzleder". Geniessen Sie in den Sommerferien die etwas ruhigere Zeit.
Wir sehen uns wieder am 27. September 2018, wahrscheinlich zu einer wieder
etwas längeren Budgetsitzung.

Die Sitzung ist geschlossen. (Applaus)

NAMENS DES EINWOHNERRATS
Die Präsidentin:

Der Protokollführer:

Abgabe / Zustellung an die Einwohnerräte:

6. Dezember 2018

Zustellung an die übrigen Empfänger:

15. Februar 2019